

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA/IX-019/2014)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 03.02.2014, 15:02 Uhr bis 16:46 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Haushalt 2014
1.1.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 Vorlage: 1868-2013/DaDi
1.1.1.	Haushalt 2014 - Antrag FDP Vorlage: 1983-2014/DaDi
1.1.2.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 Anfrage Die Linke Vorlage: 1971-2014/DaDi
1.2.	Haushaltssicherungskonzept 2014 Vorlage: 1875-2013/DaDi
1.2.1.	Haushaltssicherungskonzept 2014 - Antrag FDP Vorlage: 1984-2014/DaDi

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Rolf Geiger	
Herr Bürgermeister Karl Hartmann	
Herr Hans-Dieter Karl	ab TOP 1 (15:05 Uhr)
Herr Hans-Joachim Larem	
Herr Bürgermeister Werner Schuchmann	
Frau Bürgermeisterin Gabriele Winter	Vertreterin für Abg. Sprößler, Christel bis TOP 1 (15:58 Uhr)
Fraktion der CDU	
Herr Peter Christ	
Herr Bürgermeister Carsten Helfmann	
Herr Fraktionsvorsitzender Lutz Köhler	
Herr Reinhard Rupprecht	
Frau Evelin Spyra	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Christian Flöter	
Frau Fraktionsvorsitzende Brigitte Harth	Vertreterin für Abg. Myrzik, Jochen
Herr Dr. Walter Sydow	
Fraktion der FDP	
Herr Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Hoffie	
Fraktion der FW-PP	
Herr Karl-Heinz Prochaska	
Fraktion von Die Linke	
Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
Kreistagspräsidium	
Frau Angelika Dahms	ab TOP 1 (15:27 Uhr)
Herr Siegfried Sudra	bis TOP 1 (15:50 Uhr)
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpennig	
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Herr Kreisbeigeordneter Uwe Bülter	
Herr Kreisbeigeordneter Rolf Meyer	
Herr Kreisbeigeordneter Tilman Schmieder-Harth	
Herr Kreisbeigeordneter Georg Theiß	
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	
beratende Mitglieder	
Herr George Bal	
Verwaltung	
Frau Nicole Beyer	
Herr Jens Dony	
Herr Uwe Gärtner	

Anwesende
Herr Roman Gebhardt
Frau Helene Herliz
Herr Frank Horneff
Herr Michael Hutterer
Herr Rainer Leiß
Frau Martina Löffler
Frau Nicole Mally
Herr Patrick Nickel
Frau Ute von Massow

Abwesende
Fraktion der SPD
Frau Bürgermeisterin Christel Sprößler
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen
Herr Jochen Myrzik

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss ist beschlussfähig.
3. **Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Er stellt das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest, die Tagesordnungspunkte 1.1 und 1.2 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Änderungswünsche werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 18. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Nicole Mally.

Protokoll des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Haushalt 2014**

Beschluss:

Landrat Schellhaas gibt weitere Erläuterungen zu dem angestrebten Verfahren hinsichtlich der Haushaltssicherung und informiert, dass mit dem Regierungspräsidenten hierzu ein Gespräch stattgefunden hat.

Er teilt mit, dass eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gebildet wurde, die auf Basis der Maßnahmen auf Grundlage des Leitfadens für konsolidierungsbedürftige Gemeinden und Gemeindeverbände und den Arbeitsergebnissen aus dem KGSt- Prozess Entscheidungsvorlagen erarbeiten wird, die dem Haupt- und Finanzausschuss zur endgültigen Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Landrat Schellhaas berichtet, dass in einem ersten Arbeitsschritt in allen Produktbereichen in Erfahrung gebracht werden soll, welche Maßnahmen einfach umzusetzen und zu beziffern sind. Er erklärt, dass die Arbeitsgruppe die Entscheidungsvorlagen im Laufe des Jahres 2014 erarbeiten wird und diese in einzelnen Themenblöcken, gegliedert nach Produktbereichen, in noch zu terminierenden Sitzungen dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt werden.

Weiter teilt **Landrat Schellhaas** mit, dass dieses Verfahren im Gespräch mit dem Regierungspräsidenten Zustimmung gefunden hat.

Landrat Schellhaas gibt unter Hinweis auf die Seite 54 des Haushaltssicherungskonzeptes weitere Erläuterungen zur Systematik und dem Vorgehen. Er erklärt, dass es sich bei der Aufzählung auf Seite 54 um Grundannahmen handelt, die in die Finanzplanung auf den Seiten 55 und 56 eingeflossen sind. **Landrat Schellhaas** teilt mit, dass mit dem Haushalt 2014 auch das Haushaltssicherungskonzept mit den dargestellten Grundannahmen als Basis zu beschließen ist.

Landrat Schellhaas berichtet weiter zu dem Jahresabschluss 2013 und den sich aus der Hochrechnung des 3. Quartals ergebenden Veränderungen, aufgrund dessen, auf Anregung der Kommunalaufsicht, der Beschluss zum 3. Nachtrag 2013 aufgehoben werden soll.

Weiter kündigt er an, dass aufgrund von sich ergebenden Änderungen bis zur Sitzung des Kreistages am 24.02.2014 noch eine Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2014 vorgelegt wird.

Abg. Helfmann (CDU) verweist auf den Aspekt der freiwilligen Leistungen und bittet um die Vorlage einer Aufzählung aller freiwilligen Leistungen mit Bezifferung der dadurch anfallenden Kosten.

Abg. Hoffie (FDP) erklärt, dass es der Fraktion der FDP ohne ein konkretes Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2014, das mit Zahlen belegt ist und Aussagen bezüglich der zeitlichen Umsetzung trifft, nicht möglich ist, den Haushalt 2014 zu beschließen.

Landrat Schellhaas erklärt, dass es das Ziel der Haushaltskonsolidierung ist, bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Er weist darauf hin, dass es hierfür eine Betrachtung des kompletten Zeitraumes von 2014 bis 2020 bedarf.

Er teilt mit, dass durch die Ergänzungsvorlage zum Haushalt und die ersten, voraussichtlich bis

Ostern 2014, vorliegenden Ergebnisse der Arbeitsgruppe auch noch tatsächliche Effekte für den Haushalt 2014 erzielt werden können.

Landrat Schellhaas erklärt weiter, dass die Benennung eines Umsetzungszeitpunktes und eines möglichen Einsparvolumens zum jetzigen Zeitpunkt nicht aussagekräftig und nicht nachvollziehbar gewesen wäre.

Abg. Prochaska (FW-PP) teilt mit, dass aus dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept nicht hervorgeht, auf welchem Weg der Haushaltsausgleich bis 2020 geschehen soll.

In Bezug auf die Diskussion zum FDP-Antrag und der Thematik „Schutzschirm“ teilt **Landrat Schellhaas** mit, dass er diese in der nächsten Sitzung des Präsidiums des Hessischen Landkreistages aufrufen wird.

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann schlägt nach intensiver Beratung vor, die Vorlagen zurückzustellen und erst in der turnusmäßigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.02.2014 eine Beschlussempfehlung für den Kreistag herbeizuführen. Von Seiten des Haupt- und Finanzausschusses erhebt sich hiergegen kein Widerspruch.

Beschluss zu TOP 1.1.

Vorlage-Nr.: 1868-2013/DaDi

Aktenzeichen: 031-001

Betreff: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014**

Beschluss: **zurückgestellt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 wird gemäß § 97 Abs. 1 HGO festgestellt und dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Der Entwurf beinhaltet:

- a) den Ergebnishaushalt mit Erträgen von 376.776.593 Euro und Aufwendungen von 412.930.739 Euro (Fehlbetrag: 36.154.146 Euro),
 - b) den Finanzhaushalt mit einem Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit von - 27.751.523 Euro, aus Investitionstätigkeit von -3.040.513 Euro und aus Finanzierungstätigkeit von -5.800.857 Euro (Zahlungsmittelbedarf von insgesamt 36.592.893 Euro),
 - c) die Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 3.921.638 Euro,
 - d) Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4.090.000 Euro,
 - e) den Höchstbetrag der Kassenkredite mit 170.000.000 Euro,
 - f) die Festsetzung der Kreisumlage auf 38,65 % und des Zuschlages zur Kreisumlage (Schulumlage) auf 19,35 % der Kreisumlagegrundlagen,
 - g) den Stellenplan.
2. Der Entwurf des Investitionsprogramms für die Haushaltsjahre 2013 - 2017 wird gemäß § 101 Abs. 3 HGO dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.
 3. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2013 - 2017 wird gemäß § 101 Abs. 4 HGO dem Kreistag zur Unterrichtung vorgelegt.

Beschluss zu TOP 1.1.1.

Vorlage-Nr.: 1983-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-001

Betreff: **Haushalt 2014 - Antrag FDP**

Beschluss: **zurückgestellt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, mit der Hessischen Landesregierung und den Fraktionen des Hessischen Landtags in Verhandlungen über einen angemessenen Ausgleich für erhebliche finanzielle Nachteile einzutreten, die dem Landkreis Darmstadt-Dieburg dadurch entstehen und weiter entstehen werden, dass er 2013 nicht in das Programm des Schutzschirms zur Teilentschuldung der überschuldeten Gemeinden und Landkreise aufgenommen worden ist.

(2,8 Milliarden Euro Tilgung und 400 Millionen Euro Zinsbeihilfen).

Dabei soll konkret aufgezeigt werden, welche Auswirkungen diese staatlich verursachte Benachteiligung von DA-DI gegenüber den Schutzschirm-Landkreisen mit Blick auf die Kreishaushalte 2014 ff., auf die Leistungseinschränkungen für betroffene Bürger und auf die gesamte künftige Kreisentwicklung hat.

Beschluss zu TOP 1.1.2.

Vorlage-Nr.: 1971-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-001

Betreff: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014
Anfrage Die Linke**Beschluss: **zurückgestellt****Anfrage der Fraktion von Die Linke:****Frage 1:**

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
4	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	Warum Senkung?

Wegfall der Verwaltungskostenerstattung zwischen der Kreisagentur für Beschäftigung (Produkt 050201) und dem Landkreis (Produkt 010107) aufgrund der Internen Leistungsverrechnung. Siehe Seite 7 Vorbericht.

Frage 2:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
6	6771200	Sachverständige	Warum Steigerung?

Siehe Erläuterung auf Seite 8. Anstieg gegenüber 2013 wegen der erforderlichen externen Beratung in z. T. neuen Projekten (EDV-Konzept, IT-Strategie, Risikomanagement, Datenschutz und Elektronische Archivierung).

Frage 3:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
41	5483000	Kostenerstattung von Zweckverbänden	Warum Senkung?

Das Gebühreninkasso für den ZAW wird ab 2014 nicht mehr durch die Kreisverwaltung erledigt, so dass die damit einhergehende Verwaltungskostenerstattung entfällt.

Frage 4:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
91	62,63,640-643,647-649, 65	Personalaufwendungen (Brandschutz)	Warum Steigerung?

Die Personalkostenverteilung wurde für 2014 überarbeitet und angepasst, so dass die Personalaufwendungen noch genauer bei den entsprechenden Produkten geplant werden.

Unter dem Produkt 020301 auf Seite 87 sind entsprechend geringere Personalaufwendungen geplant.

Frage 5:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
215	6771300	Aufwendungen für Rechtsanwälte	Wozu jährlich diese hohe Summe?

Der Planansatz ist aufgrund der hohen Anzahl an Klageverfahren im Bereich des SGB II erforderlich.

Frage 6:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
245	62,63,640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen (Hilfen für Asylbewerber)	Warum Senkung – bei steigenden Zahlen von Asyl-bewerbern?

Die Personalkostenverteilung wurde für 2014 überarbeitet und angepasst, so dass die Personalaufwendungen noch genauer bei den entsprechenden Produkten geplant werden. Die „fehlenden“ Personalkosten sind hauptsächlich unter dem Produkt 050401 auf Seite 250 zu finden.

Frage 7:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
23	9000300	ILV PB 01 3.674,718 Mill€	Was ist das?

Siehe hierzu die Ausführung unter Punkt 3 auf Seite 3 des Vorberichts.

Frage 8:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
27	7175000	Sonstige Erstattungen Fremdreinigung	Warum Gestiegen?

Der Ansatz ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan 2014 des Da-Di-Werks.

Frage 9:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
61	644-646	Versorgungsaufwendungen	Warum gestiegen bei fast gleichen Personalkosten?

Im Bereich der ehemaligen staatlichen Abteilungen wurden bis 2013 keine Versorgungsaufwendungen geplant (Siehe Planung auf einzelnen Produkten). Dies wurde im Zusammenhang mit der aktualisierten Personalkostenverteilung ebenfalls angepasst.

Frage 10:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
121	7175000	Sonstige Erstattungen gestiegen von 15,1 Mill€ auf 19.45 Mill€	Warum so heftig Gestiegen?

Der Ansatz ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan 2014 des Da-Di-Werks.

Frage 11:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
131	7175000 7178000	Erstattungen an Gemeinden Sonstige Erstattungen an verb. Unternehmen	Warum ein so kräftiger Anstieg?

Der Ansatz ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan 2014 des Da-Di-Werks. Bei dem Ansatz auf dem Sachkonto 7178000 handelt es sich um Aufwendungen für Ersatzschul-finanzierung, die Höhe orientiert sich am Rechnungsergebnis 2012 und der Kostenentwicklung seit 2010.

Frage 12:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
206	723000	Erwerbsminderung SGB XII	Warum Gestiegen Fallzahlen?

Die Steigerung entspricht den Entwicklungen in Hessen seit 2009. Der Regelsatz hat sich zum 01.01.2014 um 8,00 Euro im Monat pro Leistungsberechtigte/n erhöht. Zusammen mit den steigenden Fallzahlen, die letztendlich aus einem höheren Antragsvolumen hervorgehen, errechnet sich ein höherer Ansatz, der im Übrigen voll erstattet wird.

Frage 13:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
223	7240000	Leist. Unterkunft SGB II	Warum sind die Bedarfsgemeinschaften gestiegen?

Nicht eine gestiegene Anzahl an Bedarfsgemeinschaften ist ausschlaggebend für die Erhöhung des Ansatzes sondern eine höhere Anzahl an Bedarfsgemeinschaften mit Anspruch auf Unterkunftsleistungen und ein durchschnittlich höherer Anspruch auf Kosten der Unterkunft pro Bedarfsgemeinschaft.

Frage 14:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
240	5472000	KdU SGB II	Warum sinken diese Erträge?

Die Erstattung für „Bildung und Teilhabe“ durch den Bund ist abhängig von den Kosten der Unterkunft und betrug in 2013 8,2 % der nicht durch Erträge gedeckten Kosten der Unterkunft, in 2014 lediglich 3,66 %.

Frage 15:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
291	5472000	KdU SGB II	Warum sinken diese Erträge?

Die Erstattung für „Bildung und Teilhabe“ durch den Bund ist abhängig von den Kosten der Unterkunft und betrug in 2013 2,0 % der nicht durch Erträge gedeckten Kosten der Unterkunft, in 2014 lediglich 0,74 %.

Frage 16:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
297	7251000	Juhi Leistungen	Warum steigen diese Leistungen?

Die Leistungen steigen aufgrund des Rechtsanspruches auf U3-Betreuung seit dem 01.08.2013 an.

Frage 17:

Seite	Konten	Bezeichnung	Frage
414	7123000+ 7126000	Zuweisungen und Zuschüsse an Zweckverbände	Warum sind diese gestiegen obwohl dere RMV ein Plus von 4,1 % erzielte was 32 Mill€ausmacht.

Die Gesellschafterumlage an den RMV umfasst mit 190.000 Euro lediglich einen Bruchteil der Zuweisungen und Zuschüsse im Bereich ÖPNV und ist gegenüber dem Vorjahr nicht gestiegen. Die Anstiege betreffen die DADINA und die HEAG mobilo GmbH.

Beschluss zu TOP 1.2.

Vorlage-Nr.: 1875-2013/DaDi

Aktenzeichen: 031-001

Betreff: **Haushaltssicherungskonzept 2014**

Beschluss: **zurückgestellt**

Beschlussvorschlag:

Das Haushaltssicherungskonzept für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zum Haushalt 2014 wird in vorliegender Form beschlossen.

Beschluss zu TOP 1.2.1.

Vorlage-Nr.: 1984-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-001

Betreff: **Haushaltssicherungskonzept 2014 - Antrag FDP**

Beschluss: **zurückgestellt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, einen entscheidungsreifen Maßnahmenkatalog vorzulegen, der konkret den finanziellen und zeitlichen Umfang der einzelnen Vorschläge bewertet, mit dem das für 2014 angestrebte Konsolidierungsziel erreicht wird.

Vorsitzender Schuchmann schließt die Sitzung um 16:46 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 20. März 2014

Werner Schuchmann
Vorsitzender

Nicole Mally
Schriftführerin